

Erweiterung in Frage stehende Areal bergig und felsig ist. Es besteht aus Grünstein. Das Areal und noch mehr Dazugehöriges ist im Jahre 1897 zu einem Preise, der sich heute höher stellen würde, durch die Königl. Staatsregierung von der Stadt Plauen erworben worden. Das zur Erweiterung vorgesehene Areal beläuft sich auf 59,300 qm. Für Pflaster der Ladestraßen ist ein anscheinend hoher Betrag eingestellt. Hierzu wurde mitgeteilt, daß hierbei Reihenpflaster aus hohen halbhohlierten Steinen in Betracht komme. Die Steine würden aus Aue, Saupersdorf und Kirchberg bezogen, der Sand aus Penig. Die Einstellung sei nur angemessen.

Die Verwaltungskosten sind mit 5 Prozent und für Insgemein von 3 Prozent angenommen. Es bestehen für diese Umsätze besondere Bestimmungen. Verwaltungskosten werden mit 10 Prozent eingestellt, wenn ein besonderes Verwaltungsbureau errichtet wird, sonst mit 5 Prozent. Dies ist hier der Fall. Bei Insgemein richtet es sich nach dem jeweiligen entsprechenden Ermessen. Bei Wasserbauten z. B. sind die Einstellungen hierfür etwas höher. Hier sind 3 Prozent angenommen. Die Deputation unterzog die Vorlage sowohl nach der Notwendigkeit der Ausführung, als auch in bezug auf die Kosten einer genauen Prüfung und hatte hiergegen nichts zu bemerken. Sie kam nun zu dem Beschlusse, der Kammer die von der Königl. Staatsregierung beantragte Bewilligung für diesen Titel zu empfehlen. Die Deputation schlägt deshalb vor:

Die Kammer wolle beschließen, Tit. 24 des außerordentlichen Etats für 1904/05, Vermehrung der Ladegleise und Ladestraßen auf dem oberen Bahnhofe in Plauen, mit 276,000 M. zu genehmigen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Günther.

Abg. Günther: Meine Herren! Wie der Herr Berichterstatter des näheren ausführte, hat das hohe Haus schon zu wiederholten Malen die Erweiterung der Gleisanlagen des Güterbahnhofes in Plauen genehmigt. Im vorliegenden Falle wird eine weitere Verlängerung der Gleise um 600 m verlangt, und die Finanz-Deputation B beantragt die Bewilligung der verlangten Summe.

Ich schließe mich diesem Antrage voll und ganz an und nehme dabei Bezug auf die Begründung im Landtage 1897/98, auf die auch heute der Herr Berichterstatter zurückgekommen ist. Damals wurde ausdrücklich auf die große Bautätigkeit in Plauen verwiesen. Diese

Bautätigkeit ist mit die Ursache, daß der Güterverkehr auf dem oberen Bahnhofe, wie auch auf den anderen Bahnhöfen Plauens einen außerordentlichen Umfang angenommen hat. Ich gestatte mir, nur mit wenigen Zahlen, meine Herren, auf die vermehrte Bautätigkeit in Plauen, die im Jahre 1902 1160 und im Jahre 1903 1792 Baugenehmigungen umfaßte, hinzuweisen. Von diesen waren im Jahre 1903 779 Neubauten, unter ihnen allein 499 Wohn- und Geschäftshäuser. Dadurch wurden allein 2811 neue Wohnungen hergestellt.

Meine Herren! Diese außerordentliche Zunahme der Bautätigkeit bedingt natürlich, daß die Anlagen auf den Bahnhöfen so eingerichtet werden, um eine schnelle und sichere Abfuhr zu ermöglichen. Vor Jahr und Tag erließ die Eisenbahnverwaltung eine Anordnung, nach welcher die Ausladezeit wesentlich verkürzt wurde. Der damalige Protest aus der Bürgerschaft heraus bewies der Eisenbahnverwaltung, daß damit den Verhältnissen durchaus nicht abgeholfen werden könne, und ich glaube, meine Herren, daß die vorgeschlagene Verlängerung der Gütergleise durchaus nicht ausreichend sein wird, um in Zukunft den Verkehr, der sich nach und nach immer weiter und stärker entwickeln wird, zu bewältigen. Meine Herren! Ich meine, daß sich der Ausbau des Kohlenbahnhofes, der geplant ist, nicht mehr lange wird aufschieben lassen, und ich möchte daher auch die Bitte aussprechen, daß von der Königl. Staatsregierung das Augenmerk darauf gerichtet wird, den Wünschen entgegenzukommen, die in Plauen schon seit langem gehegt werden und die ich schon ausgesprochen habe: die Fertigstellung des geplanten Kohlenbahnhofes in die Wege zu leiten.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter begehrt. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

„Will die Kammer dem Antrage der Finanz-Deputation B entsprechend beschließen, Tit. 24 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für die Finanzperiode 1904/05, Vermehrung der Ladegleise und Ladestraßen auf dem oberen Bahnhofe in Plauen, mit 276,000 M. nach der Vorlage zu bewilligen?“

Einstimmig.

Punkt 2 der Tagesordnung: „Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Rechenschafts-Deputation über Kap. 2 und 3 des mittels Königl. Dekrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsberichts auf die Finanzperiode 1900/01, Domänen und